



Katja Dörner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Katja Dörner, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 11.06.2010

Bezug:

Anlagen:

Katja Dörner, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: UDL 50

Raum: 3.054

Telefon: +49 30 227-72313

Fax: +49 30 227-76315

Katja.Doerner@bundestag.de

Bonn:

Dorotheenstr. 79

53111 Bonn

Telefon: +49 228-62919958

Fax: +49 228-62919959

Katja.Doerner@wk.bundestag.de

Familien- und Kinderpolitische
Sprecherin der Bundestagsfraktion
von Bündnis 90/Die Grünen

Obfrau im Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Mitglied der Kinderkommission

**Bewertung der Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/5259) auf die
Kleine Anfrage zu den Auswirkungen der Kürzungen beim
Elterngeld**

Die Bundesregierung zeigt sich in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage zu den Auswirkungen der Kürzungen beim Elterngeld uninteressiert und ahnungslos.

Insgesamt konnte die Bundesregierung von 32 Fragen nur sieben Fragen beantworten – die meisten blieben mangels solider Datengrundlage unbeantwortet. Gleichzeitig sieht die Bundesregierung keinen Grund diesen Mangel an empirischen Erkenntnissen zu beheben. Es interessiert die Bundesregierung offensichtlich nicht, was sie mit ihren unsozialen Kürzungen anrichtet.

Noch einmal deutlich wurde aus der Antwort, dass viele junge Familien durch die Kürzungen beim Elterngeld Einbußen hinnehmen müssen. Die Elterngeld-Kürzungen betreffen mindestens 322 200 Personen, dabei doppelt so viele Frauen als Männer. Allein diese Zahl entspricht mehr als 41 Prozent aller Elterngeldbezieherinnen und -bezieher. Aufgrund der ungenauen Datenlage ist jedoch davon auszugehen, dass die Anzahl der Betroffenen deutlich höher ist. Die Bundesregierung jedoch sieht keine Notwendigkeit, eine realistische Erfassung der Folgen ihrer Kürzungspolitik durchzuführen und verweist darauf, dass eine Datenerhebung auch nicht geplant sei.

Die finanziellen Einbußen, die junge Eltern infolge der Kürzungen hinnehmen müssen, bewegen sich zwischen durchschnittlich rund 400 Euro jährlich für mittlere Einkommen, die aufgrund der abgesenkten Lohnersatzquote weniger Elterngeld bekommen und 3 600 Euro jährlich, auf die arme Familien im Fürsorgebezug verzichten müssen. Insgesamt sparen nach Angaben der Bundesregierung Bund und Länder jährlich 465 Mio. Euro, davon 365 Mio. allein bei den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherungsleistungen. 125 Mio werden dabei nur bei den Alleinerziehenden gekürzt. Dies ist angesichts des deutlich erhöhten Armutrisikos von Alleinerziehenden und ihren Kindern ein Skandal.



Die ideologische Motivation der Elterngeld-Kürzungen zeigt sich auch darin, wer von Kürzungen nicht betroffen ist. Von Kürzungen unberührt blieben beispielsweise nicht erwerbstätige Partnerinnen: Wenn eine Frau nie erwerbstätig war und ihr Ehemann aufgrund eines sehr guten Einkommens die finanzielle Absicherung übernimmt, werden bei Geburt eines Kindes 300 Euro monatlich Elterngeld gezahlt. Wie groß diese Personengruppe ist, darüber kann die Bundesregierung jedoch keine Angaben machen und wird dazu auch keine Daten erheben. Trotz offensichtlich lückenhafter Daten bleibt die Bundesregierung andererseits dabei, durch die Änderung bei der Reichensteuer 10 Mio. Euro bei rund 2200 Elterngeldberechtigten einsparen zu können. Gleichzeitig kann sie den Verwaltungsmehraufwand für diese komplexe Prüfung nicht beziffern. In seiner Prüfung kommen der Haushaltsausschuss des Bundestages sowie der Bundesrechnungshof zu der Auffassung, dass es durch die Einbeziehung von drei weiteren Einkunftsarten und der zusätzlichen Ermittlung des Einkommens anderer berechtigter Personen zu deutlich höheren Verwaltungsaufwendungen kommt.